

Antrag 1.10.1: Familien müssen solidarisch und dauerhaft abgesichert werden!

Antragsteller*in:	Zukunftsforum Familie e.V.
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme

1 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

2

3 **„Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung**
 4 **übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“**

5

6 Insbesondere in den vergangenen Monaten der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass
 7 Familien unsere Gesellschaft zusammenhalten: Sie sorgen sich um Kinder, Jugendliche
 8 und zu pflegende Angehörige, sie unterstützen in der Nachbarschaft, sie sind zentrale
 9 Orte der Bildung und der Demokratie – und all das geschieht zusätzlich zur
 10 Erwerbsarbeit, die teilweise von zu Hause aus erledigt wird. Dabei sind die
 11 Herausforderungen an Familien, auch über die Pandemie hinaus, gewachsen: Zunehmende
 12 soziale Spaltung und Armut, Diskriminierungen auf Grund von Herkunft, Bildungsstand,
 13 sexueller Orientierung und Identität oder der Familienform, mangelnde Regelungen zur
 14 Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie teilweise fehlende Unterstützung bei
 15 der Bildung der Kinder oder der Pflege von Angehörigen.

16 In der Krise wurde aber auch deutlich, wie wichtig es für Familien ist, Zeit für das
 17 Familienleben zu haben, die finanziell abgesichert ist und einer eigenständigen
 18 Existenzsicherung nicht entgegensteht.

19 Gleichzeitig erleben Kinder, Jugendliche oder Erwachsene – überwiegend Frauen – die
 20 eigene Familie immer häufiger als einen Ort der psychischen oder physischen Gewalt
 21 und es stehen ihnen nicht ausreichend Angebote zum Schutz zur Verfügung. Viel zu oft
 22 zieht sich der Staat aus seiner Verantwortung gegenüber Familien und ihren
 23 Mitgliedern zurück und lässt sie bei der Organisation von Fürsorge alleine.

24

25 **Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und ihr familienpolitischer Fachverband, das**
 26 **Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) unterstreichen die herausragende Bedeutung von**
 27 **Familien in unserer Gesellschaft als eine zentrale Grundlage unseres Zusammenlebens.**
 28 **Wir fordern alle Akteur*innen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf,**
 29 **familiäre Fürsorge solidarisch und dauerhaft abzusichern!**

30 **Zu einer dauerhaften solidarischen Absicherung aller Familien gehört es,**

31

32 • **die Belange von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen!**

33 Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind und jede*r Jugendliche in Wohlergehen

34 aufwachsen kann. Das bedeutet, dass dieses Aufwachsen materiell und gesundheitlich
35 abgesichert ist, dass die Kinder und Jugendlichen faire Chancen in ihren
36 Bildungsverläufen haben und sie sich in ihrer Freizeit sowie in ihrer sozialen Umwelt
37 entfalten können. Wir unterstreichen die Bedeutung der Aufnahme von Kinderrechten ins
38 Grundgesetz, insbesondere der Rechte auf Entwicklung, Entfaltung, Partizipation und
39 Schutz. Diese Rechte stehen dabei nicht im Widerspruch zu Elternrechten, im
40 Gegenteil: Sie bestärken Eltern in ihrem Auftrag, für ihre Kinder ein Aufwachsen in
41 Wohlergehen zu ermöglichen und fordern den Staat auf, dieses zu unterstützen.

42

43 • **Familien als Expert*innen in eigener Sache von Anfang an gut zu begleiten!**

44 Familien brauchen gute Unterstützung von Beginn des Familienlebens an. Die AWO
45 leistet einen Beitrag durch ihre Angebote der Frühen Hilfen, der Familienbildung, der
46 Kindertagesbetreuung, in Beratungsstellen, in der Schulsozialarbeit, in der
47 Übergangsbegleitung in den Beruf oder auch in Sozial- und Pflegeberatungsstellen.
48 Diese niedrigschwellige Beratung und Begleitung müssen gestärkt und ausgebaut werden.
49 Bei allen Angeboten ist es eine zentrale Gelingensbedingung, die Familien selbst zu
50 Wort kommen zu lassen und sie in die Gestaltung mit einzubeziehen. Dies gilt darüber
51 hinaus auch für Bildungsangebote wie die Kindertagesbetreuung und die Schule.

52 • **die monetäre Familienförderung sozial gerecht auszugestalten!**

53 Seit vielen Jahren setzen sich die Arbeitswohlfahrt, das ZFF und viele weitere
54 Akteur*innen auf der Bundesebene für eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung
55 ein. Die Zeit ist reif, die Familienförderung endlich vom Kopf auf die Füße zu
56 stellen und Kinder, Jugendliche und ihre Familien solidarisch und sozial gerecht
57 abzusichern. Darüber hinaus dürfen auch in der Bildung – angefangen bei der
58 Familienbildung, über die frühkindliche Bildung bis hin zur Schule und Ausbildung
59 bzw. dem Studium – keine finanziellen Hürden wie bspw. Gebühren den Weg zu einer
60 chancengerechten Teilhabe verstellen. Wir setzen uns zudem für eine soziale
61 Grundsicherung ein, die diesen Namen wirklich verdient und Menschen auskömmlich
62 absichert.

63

64 • **alle Regelungen abzubauen, die einer geschlechtergerechten Aufteilung von
65 Erwerbs- und Sorgearbeit entgegenstehen!**

66 Nach wie vor tragen Frauen die Hauptlast der privaten Fürsorgearbeit und sind daher
67 überwiegend teilzeiterwerbstätig, mit teilweise gravierenden Folgen für ihre aktuelle
68 und künftige Existenzsicherung. Die Gründe dafür liegen vor allem in falschen
69 Anreizen wie dem Ehegattensplitting, der beitragsfreien Mitversicherung von Ehe- oder
70 Lebenspartner*innen in der gesetzlichen Krankenversicherung, dem Konstrukt der
71 Minijobs und dem immer noch zu geringen Mindestlohn. Diese sorgen dafür, dass
72 Familien oftmals finanziell schlechter gestellt sind, wenn sich die Eltern die
73 Erwerbs- und Sorgearbeit partnerschaftlich aufteilen. Hinzu kommt, dass in vielen
74 Köpfen (von Männern wie von Frauen) nach wie vor das Bild besteht, dass Fürsorge eher
75 von Frauen zu leisten sei. Gleichzeitig schaffen viele Arbeitgeber*innen keine

76 passenden Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
77 Gemeinsam machen wir uns dafür stark, Bilder und Regelungen, die Anreize für eine
78 vergeschlechtlichte Arbeitsteilung setzen, abzubauen und die Leitidee einer
79 partnerschaftlichen Vereinbarkeit zu verankern. Die Ausweitung der (verpflichtenden)
80 Partnerschaftsmonate beim Elterngeld, die Einführung einer zusätzlichen
81 Väterfreistellung nach der Geburt eines Kindes und die Einführung einer
82 Familienarbeitszeit mit Familiengeld sind hier der richtige Weg. Ebenso braucht es
83 einen Übergang zu einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag und
84 Möglichkeiten des eigenständigen Zugangs zur Kranken- und Pflegeversicherung für
85 Verheiratete bzw. Verpartnerte während sorgebedingter Auszeiten aus der
86 Erwerbsarbeit. Darüber hinaus setzen wir uns für die Umwandlung von Minijobs in
87 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, eine breite Tarifbindung
88 und die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns ein.

89

90 • **die Vielfalt des Familienlebens als gleichberechtigt anzuerkennen!**

91 Unser weiter Familienbegriff macht es deutlich: Familie ist eine Gemeinschaft der
92 Fürsorge. Diese findet statt in verheirateten Gemeinschaften mit Kindern – unabhängig
93 vom Geschlecht oder der sexuellen Identität der Eltern –, aber auch bei Ein-Eltern-
94 Familien, getrennt Erziehenden, Patchwork-Familien, bei erwachsenen Kindern, die ihre
95 Eltern pflegen, bei unverheirateten Lebensgemeinschaften u. v. m. Wichtig ist, dass
96 sie dauerhaft Verantwortung übernehmen und Zuwendung schenken. Wir setzen uns dafür
97 ein, dass alle, die dieses leisten, rechtlich und sozial abgesichert sind.

98 Dazu gehören Reformen im Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrecht. Ziel muss es sein,
99 dass vielfältige Modelle von Elternschaft auch nach einer Trennung gelebt werden
100 können, wenn sie im Sinne des Kindes bzw. der Kinder gestaltet sind und ihr Wohl in
101 den Mittelpunkt rücken. Besonders wichtig ist uns eine ausreichende finanzielle
102 Absicherung der Kinder, die umfassende Beratung und Begleitung aller Beteiligten im
103 Trennungsprozess sowie bessere Zugänge zum „kleinen Sorgerecht“. Grundsätzlich gilt
104 für uns, dass Gewaltschutz bei allen Fragen der Sorge und des Umgangs Vorrang haben
105 und dies in Reformüberlegungen klargestellt werden muss.

106 Unsere Solidarität gilt insbesondere Alleinerziehenden und wir kämpfen für eine
107 bessere rechtliche und finanzielle Absicherung in Form von Sozialleistungen,
108 steuerlicher Förderung und Unterstützung in der Betreuung der Kinder, die den
109 Elternteilen – meist Müttern – eine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht.
110 Gleiches gilt auch für Familien mit mehr als zwei Kindern, denn sie stehen oftmals
111 vor ähnlich großen Herausforderungen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie
112 bei ihrer Existenzsicherung.

113 Als AWO und ZFF sind wir davon überzeugt, dass gute Elternschaft und Fürsorge nicht
114 von der sexuellen Identität oder Orientierung abhängen. Wir setzen uns daher für ein
115 Abstammungsrecht ein, welches die gleichberechtigte Elternschaft queerer Elternteile
116 ab Geburt des Kindes ermöglicht, konkret die Absicherung von Zwei-Mütter-Familien ab
117 Geburt.

118

119 • die Pflege von Angehörigen solidarisch abzusichern!

120 Pflegende Angehörige müssen besser als bisher und solidarisch abgesichert werden.
121 Dafür hat sich die AWO im unabhängigen Beirat des Bundesfamilienministeriums zur
122 Vereinbarkeit von Pflege und Beruf engagiert und ein Modell einer Pflegezeit, welches
123 dem der Elternzeit mit Elterngeld ähnelt, mitentwickelt. Bislang greifen die
124 Regelungen zu bezahlten oder unbezahlten Freistellungen nach dem Pflege- und dem
125 Familienpflegezeitgesetz viel zu kurz. Wichtig ist uns als AWO und ZFF darüber
126 hinaus, dass solche Modelle Frauen nicht zusätzlich belasten, eine partnerschaftliche
127 Vereinbarkeit ermöglichen und (mindestens) eine Teilzeiterwerbstätigkeit zulassen.
128 Neben der familiär erbrachten Pflege unterstreichen wir die zentrale Rolle ambulanter
129 und (teil-) stationärer Unterstützungsangebote. Wir wissen, wie gute Pflegeberatung,
130 Tagespflege, Kurzzeitpflege und mobile Unterstützung aussehen kann. Wir treten dafür
131 ein, diese Angebote, die einen „Mix“ aus privater und ambulanter Pflege möglich
132 machen, zu stärken, um pflegende Angehörige vor Ort zu entlasten.

133

134 • allen Menschen ein Recht auf Familie zu gewähren!

135 Wir geben uns nicht damit zufrieden, dass nach wie vor täglich Familien – Väter,
136 Mütter, Kinder, Großeltern u. v. m. – an den Außengrenzen Europas darauf warten,
137 einreisen zu dürfen und endlich in Sicherheit zu leben. Die Kontingentierung des
138 Familiennachzugs, wie sie die aktuelle große Koalition auf Bundesebene beschlossen
139 hat, ist ein humanitäres Armutszeugnis! Wir setzen uns dafür ein, dass diese
140 Kontingentierung aufgehoben wird, die in der Corona-Krise angestauten Anträge auf
141 Familienzusammenführung schnellstmöglich abgearbeitet und Familien sichere
142 Einreisemöglichkeiten nach Europa geschaffen werden. Mit Blick auf unseren weiten und
143 auf Fürsorge ausgerichteten Familienbegriff treten wir darüber hinaus dafür ein, den
144 Angehörigenbegriff auszuweiten und so die Übernahme von Fürsorgeverantwortung auch
145 für Großeltern, Onkel, Tanten u. W. möglich zu machen.

146

147 • Fürsorge im gesamten Lebensverlauf möglich zu machen!

148 Wir erleben tagtäglich, was es bedeutet, Fürsorge zu übernehmen und verlässlich für
149 andere da zu sein. Wir wissen daher auch, dass Fürsorge nicht aufhört, wenn Kinder in
150 die Kita gehen und nicht erst dann wieder beginnt, wenn die eigenen Eltern
151 pflegebedürftig werden. Fürsorge, d. h. die Sorge für sich selbst und andere
152 („Care“), ist damit ein lebenslanges Thema.

153 Es ist für uns daher unbedingt notwendig Modelle weiter zu entwickeln, welche die
154 Ausübung von Sorge über den gesamten Lebensverlauf hinweg ermöglichen und einen
155 Rechtsanspruch auf Zeit für Sorge schaffen. Diese Modelle sollten Zeiten der (Selbst-
156)Sorge, für die Kinderbetreuung, die Begleitung von Jugendlichen und jungen
157 Erwachsenen, eigene Fort- und Weiterbildung, bürgerschaftliches Engagement und die
158 Pflege von Angehörigen miteinander in Verbindung setzen und finanziell absichern.
159 Dabei ist es für uns selbstverständlich, dass diese Auszeiten nicht nur denjenigen

160 zustehen, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen. Auch
 161 Familien in der Grundsicherung und freiberuflich bzw. selbstständig Tätige müssen
 162 anspruchsberechtigt sein und gleichzeitig, je nach Möglichkeit, zur solidarischen
 163 Finanzierung solcher Auszeiten beitragen. Hierzu werden der AWO Bundesverband e.V.
 164 und das ZFF in den kommenden Jahren Austauschformate innerhalb des Gesamtverbandes
 165 organisieren, die sich v. a. an die Mitglieder richten.

Begründung

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) kämpft seit vielen Jahren gemeinsam mit ihrem familienpolitischen Fachverband, dem Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), für eine solidarische und geschlechtergerechte Absicherung aller Familien ein. Insbesondere in den vergangenen Monaten der Corona-Pandemie haben wir gesehen, wie schnell zwar über Familie gesprochen, ihre Absicherung, v. a. die armer Familien, jedoch vernachlässigt wird. Familien wurden vielfach alleine gelassen in der Bewältigung von Fürsorge, Homeschooling und Homeoffice. Gleichzeitig stiegen die Zahlen häuslicher Gewalt gegenüber Kindern und Erwachsenen – überwiegend Frauen. Auch gehören Kinder und Jugendliche mit ihren eingeschränkten Rechten auf Bildung, Freizeit und sozialem Austausch zu den Verlierer*innen der Krise.

Frauen sind mit der geschlechterpolitischen „Rolle rückwärts“ konfrontiert: Sie übernehmen nach wie vor die Hauptlast der unbezahlten Fürsorgearbeit, ihr Kurzarbeitergeld wird seltener aufgestockt und sie nehmen den größten Anteil an Kinderkranktagen oder sonstigen Freistellungsinstrumenten für die Betreuung von Kindern und pflegenden Angehörigen in Anspruch. Der „Gender Care Gap“ – die Zahl, die anlässlich des zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung 2019 errechnet wurde und eine Ungleichverteilung von privater Sorgearbeit von 52,4 Prozent (oder rechnerisch 87 Minuten täglich) zu Lasten der Frauen ausweist, unterstreicht dies eindrücklich. Bei Müttern in Paarhaushalten lag dieser sogar bei 83,8 Prozent, d. h. bei täglich 2 Stunden und 30 Minuten mehr unbezahlte Sorgearbeit als Väter, und es ist davon auszugehen, dass sich diese Lücke in der Krise weiter vergrößert hat. Der „Gender Pension Gap“, welcher aufzeigt, dass Frauen aktuell im Durchschnitt eine um 46 Prozent niedrigere Rente erhalten als Männer, rundet das Bild ab.

„Wir streiten für eine politische, gesellschaftliche und geschlechtergerechte Neuorganisation, die selbstbestimmte Entscheidungen über die Verwirklichung von Sorgearbeit ermöglicht. Staat, Wirtschaft, Familie und Zivilgesellschaft sind in der Verantwortung, gemeinsam gute Bedingungen für Sorgearbeit zu schaffen. Menschen haben ein Recht, ihre private Sorgearbeit wahrzunehmen und mit ihrem Beruf sowie ihrem Engagement zu vereinen.“, so steht es im

AWO-Grundsatzprogramm.

Dafür gilt es aktuelle familienpolitische Regelungen und Denkmuster zu überprüfen, auszuweiten und langfristig in ein Gesamtsystem zu überführen, welches Fürsorgearbeit über den Lebensverlauf hinweg solidarisch und dauerhaft absichert.